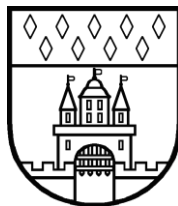


Amtsblatt

Kreisstadt



Steinfurt

Ausgegeben am: **28.01.2021**

Nr.: **3/2021**

I N H A L T :

Lfd. Nr.	Titel	Seite
5/2021	Öffentliche Bekanntmachung über das Widerspruchsrecht gegen die Übermittlung von Daten gem. §§ 36, 42 und 50 Bundesmeldegesetz (BMG) bzw. das Einwilligungserfordernis gemäß § 44 Abs. 3 Nr. 2 BMG	2
6/2021	Außenbereichssatzung gem. § 35 (6) BauGB „Blocktor“ – 1. Änderung hier: Beteiligung der Behörden gem. § 4 (2) BauGB und der Öffentlichkeit gem. § 3 (2) BauGB	4
7/2021	Bezirksregierung Münster - Flurbereinigungsbehörde , 48653 Coesfeld, 20.01.2021 Leisweg 12 Tel. 0251/411-5068 Flurbereinigung Berkelaue II – 23 06 3 – Öffentliche Bekanntmachung Aufforderung zur Anmeldung unbekannter Rechte	8

Bekanntmachung

Öffentliche Bekanntmachung über das Widerspruchsrecht gegen die Übermittlung von Daten gem. §§ 36, 42 und 50 Bundesmeldegesetz (BMG) bzw. das Einwilligungserfordernis gemäß § 44 Abs. 3 Nr. 2 BMG

Nach den Bestimmungen des Bundesmeldegesetzes haben Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit, gegen einzelne regelmäßig oder auf Anfrage durchzuführende Datenübermittlungen der Meldebehörde Widerspruch zu erheben.

Folgende Widerspruchsmöglichkeiten sind gegeben:

1. Widerspruch gegen die Übermittlung von Daten an das Bundesamt für das Personalmanagement der Bundeswehr

Nach § 58b Absatz 1 Satz 1 des Gesetzes über die Rechtstellung der Soldaten (Soldatengesetz - SG) in Verbindung mit § 36 Absatz 2 BMG übermitteln die Meldebehörden dem Bundesamt für das Personalmanagement der Bundeswehr zum Zweck der Übersendung von Informationsmaterial jährlich bis zum 31. März folgende Daten zu Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit, die im nächsten Jahr volljährig werden:

- Familienname
- Vornamen
- gegenwärtige Anschrift.

2. Widerspruch gegen die Übermittlung von Daten an eine öffentlich-rechtliche Religionsgesellschaft

Haben Mitglieder einer öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaft Familienangehörige, die nicht derselben oder keiner öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaft angehören, darf die Meldebehörde gemäß § 42 Absatz 2 BMG von diesen Familienangehörigen folgende Daten übermitteln:

- Vor- und Familiennamen,
- Geburtsdatum und Geburtsort,
- Geschlecht,
- Zugehörigkeit zu einer öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaft,
- derzeitige Anschriften,
- Auskunftssperren nach § 51 BMG sowie
- Sterbedatum.

3. Widerspruch gegen die Übermittlung von Daten an Parteien, Wählergruppen u.a. bei Wahlen und Abstimmungen

Die Meldebehörde darf gemäß § 50 Absatz 1 BMG Parteien, Wählergruppen und anderen Trägern von Wahlvorschlägen im Zusammenhang mit Wahlen und Abstimmungen auf staatlicher und kommunaler Ebene in den sechs der Wahl oder Abstimmung vorangehenden Monaten Auskunft aus dem Melderegister über die in § 44 Absatz 1 Satz 1 BMG bezeichneten Daten von Gruppen von Wahlberechtigten erteilen, soweit für deren Zusammensetzung das Lebensalter bestimmend ist. Die Geburtsdaten der Wahlberechtigten dürfen dabei nicht mitgeteilt werden.

4. Widerspruch gegen die Übermittlung von Daten aus Anlass von Alters- oder Ehejubiläen an Mandatsträger, Presse oder Rundfunk

Verlangen Mandatsträger, Presse oder Rundfunk Auskunft aus dem Melderegister über Alters- oder Ehejubiläen von Einwohnern, darf die Meldebehörde nach § 50 BMG Auskunft erteilen über

- Familienname,
- Vornamen,
- Doktorgrad,
- Anschrift sowie
- Datum und Art des Jubiläums.

5. Widerspruch gegen die Übermittlung von Daten an Adressbuchverlage

Die Meldebehörde darf gemäß § 50 Absatz 3 BMG Adressbuchverlagen zu allen Einwohnern, die das 18. Lebensjahr vollendet haben, Auskunft erteilen über

- Familienname,
- Vornamen,
- Doktorgrad und
- derzeitige Anschriften.

Die übermittelten Daten dürfen nur für die Herausgabe von Adressbüchern (Adressenverzeichnisse in Buchform) verwendet werden.

Im nachstehenden Fall werden Daten nur weitergegeben, wenn Sie vorher ausdrücklich eingewilligt haben.

Die Übermittlung von Daten in Form einer einfachen Melderegisterauskunft, die für Zwecke der Werbung oder des Adresshandels verwendet werden sollen, ist gemäß § 44 Absatz 3 Nr. 2 BMG nur zulässig, wenn die betroffene Person in die Übermittlung für jeweils diesen Zweck ausdrücklich eingewilligt hat .

Der Widerspruch gilt unbefristet im Verantwortungsbereich der Kreisstadt Steinfurt, bis zu einer gegenteiligen Erklärung.

Das Antragsformular ist im Meldeamt erhältlich oder kann über die Internetseite der Kreisstadt Steinfurt www.steinfurt.de abgerufen werden.

Der Widerspruch oder die Einwilligung sind schriftlich oder zur Niederschrift zu erklären bei der

Kreisstadt Steinfurt,

Emsdettener Straße 40, 48565 Steinfurt,

Sachgebiet Einwohner- und Meldewesen,

Tel.: 02552 925-0, Fax: 02552 925-380, eMail: Meldewesen@stadt-steinfurt.de

Steinfurt, 14.12.2020

Kreisstadt Steinfurt

Die Bürgermeisterin

gez. Claudia Bögel-Hoyer

Bekanntmachung

Außenbereichssatzung gem. § 35 (6) BauGB „Blocktor“ – 1. Änderung hier: Beteiligung der Behörden gem. § 4 (2) BauGB und der Öffentlichkeit gem. § 3 (2) BauGB

Der Hauptausschuss der Kreisstadt Steinfurt hat anstelle des Rates in seiner Sitzung am 30.04.2020 die 1. Änderung der Außenbereichssatzung „Blocktor“ beschlossen:

„Die gültige Außenbereichssatzung gemäß § 35 (6) BauGB soll für einen Teilbereich gemäß § 13 (2) BauGB wie folgt geändert werden:

„Im Änderungsbereich wird die Erschließungssituation neu geregelt. Es wird eine zentrale Zufahrt für den Bereich der 1. Änderung und die nördlich angrenzenden Flächen der Außenbereichssatzung geschaffen. Dazu wird die bisherige Zufahrt in Nähe des Bahnübergangs um ca. 60 m in Richtung Süden verschoben. Durch die neue Zufahrt werden auch im rückwärtigen Bereich der Außenbereichssatzung Flächen erschlossen, für die entsprechende Baufenster festgesetzt werden. Basis für die 1. Änderung der Außenbereichssatzung „Blocktor“ ist das beigefügte Bebauungskonzept (s. Anlage). In den zulässigen Wohngebäuden sind maximal 2 Wohneinheiten zulässig.“

Die übrigen Festsetzungen der Außenbereichssatzung bleiben unverändert.

Der Geltungsbereich der 1. Änderung der Außenbereichssatzung umfasst die Grundstücke Flur 30, Flurstücke 347, 348, 325, 323, 324, 33, 895, 896 und 35 in der Gemarkung Burgsteinfurt. Der Geltungsbereich für die 1. Änderung der Außenbereichssatzung „Blocktor“ ist dem angehängten Lageplan zu entnehmen.

Die Beteiligung der Behörden gem. § 4 (2) BauGB und die Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (2) BauGB sind durchzuführen.“

Gemäß § 35 (6) i. V. m. § 3 (2) BauGB wird das Verfahren der Beteiligung der Öffentlichkeit durchgeführt.

Die Öffentlichkeit hat Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung. Der Satzungsentwurf nebst Anlagen sowie den wesentlichen, bereits vorliegenden umweltbezogenen Informationen liegt während der Dienststunden im Foyer des Rathauses bzw. Zimmer 238 bis 240, II. Obergeschoss, Emsdettener Straße 40, 48565 Steinfurt, Stadtteil Borghorst, zur Einsichtnahme für die Bürgerinnen und Bürger, aber auch für Kinder und Jugendliche in der Zeit

vom 05.02.2021 bis zum 19.03.2021 aus.

Anregungen können während der Auslegungsfrist z.B. per E-Mail, schriftlich oder mündlich zu Protokoll vorgebracht werden.

Nach Ablauf dieser Frist abgegebene Stellungnahmen können gemäß § 4a (6) BauGB i.V.m. § 3 (2) Satz 2 BauGB beim Satzungsbeschluss unberücksichtigt bleiben.

Folgende umweltbezogene Informationen und Stellungnahmen sind verfügbar und liegen ebenfalls öffentlich aus:

- Vorentwurf der Artenschutzprüfung, aufgestellt durch Landschaftsarchitekt Schultewolter, Telgte, Stand: Januar 2021 mit Informationen zu den Auswirkungen des Vorhabens auf die **planungsrelevanten Tierarten (Fledermäuse, Vögel, Amphibien und Reptilien).**

Auf folgende Arten verfügbarer Umweltinformationen zum **Schutzgut Boden** wird hingewiesen:

- Kataster über altlastenverdächtige Flächen und Altlasten / Verzeichnis über schädliche Bodenveränderungen und Verdachtsflächen des Kreises Steinfurt,
- Karte der schutzwürdigen Böden (Geologischer Dienst NRW).

Gemäß § 4a (4) BauGB ist ergänzend zu der vorgenannten Beteiligung der Öffentlichkeit auch eine Einsichtnahme in den Satzungsentwurf auf der Homepage der Kreisstadt Steinfurt unter der Adresse www.steinfurt.de, Rubrik „Aktuelle Bauleitplan-verfahren“, möglich.

Aufgrund der dynamischen Ausbreitung des Corona-Virus sind Besuche aktuell bis auf unbestimmte Zeit im Rathaus in der Zeit

Montag bis Freitag 08:00 bis 12:00 Uhr,

Montag und Donnerstag 14:00 bis 16:00 Uhr

nur nach telefonischer Vereinbarung möglich. Bitte melden Sie sich unter Telefon-Nummer: 0 25 52 / 925 – 238 oder 239 an. Die gesetzlich vorgeschriebene Auslegungsfrist ist aufgrund der besonderen Umstände in Ausübung des pflichtgemäßen Ermessens um zwei Wochen ausgedehnt worden.

Übereinstimmungsbestätigung:

Gemäß § 2 (3) BekanntmVO wird hiermit bestätigt, dass der Wortlaut des vorstehenden Beschlusses mit dem Beschluss des Hauptausschusses vom 30.04.2020 übereinstimmt und dass nach § 2 (1) und (2) BekanntmVO verfahren worden ist.

Bekanntmachungsanordnung:

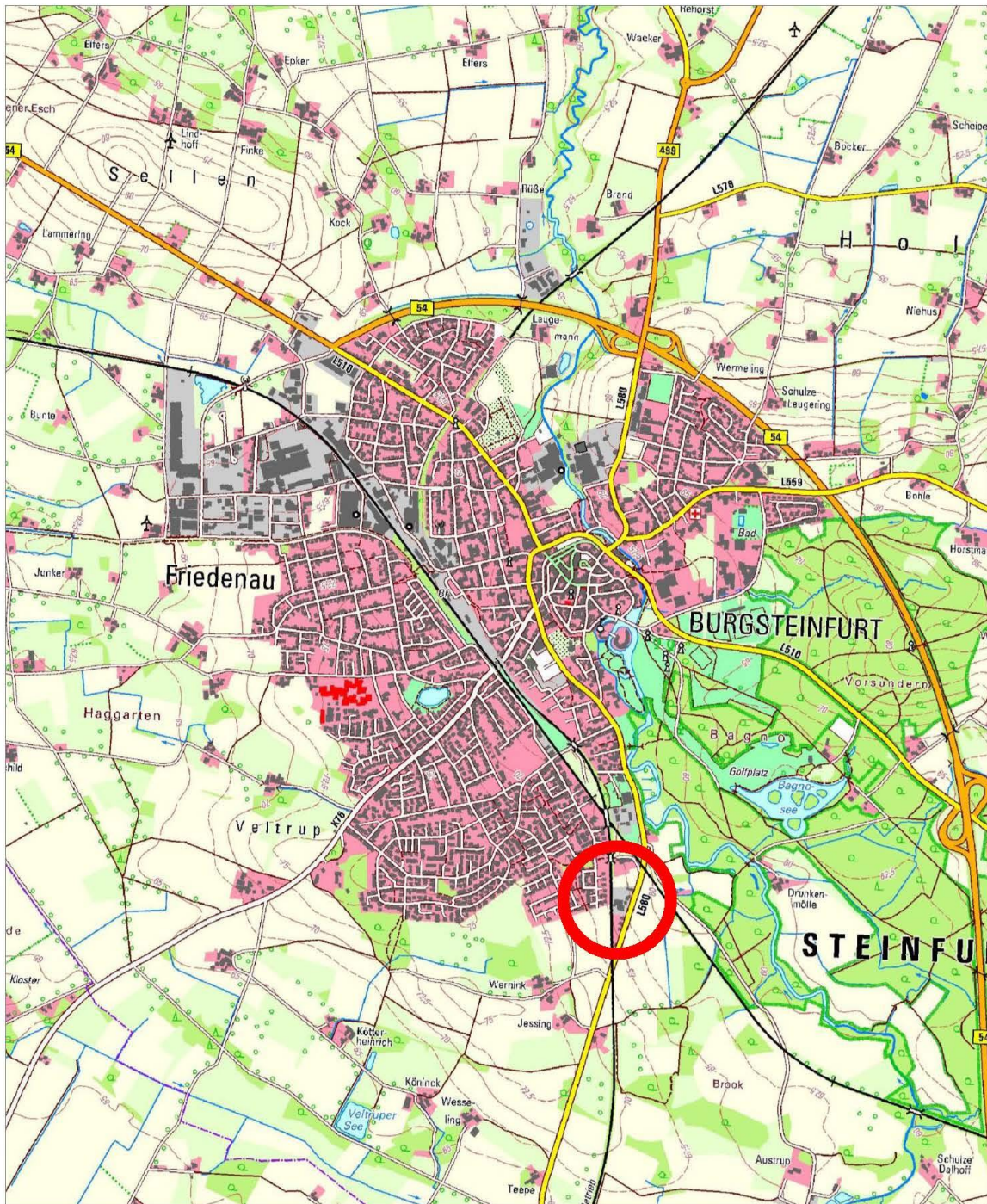
Vorstehendes wird hiermit gem. § 3 (2) BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634), in der zuletzt geänderten Fassung, und § 14 der Hauptsatzung der Kreisstadt Steinfurt vom 28.03.2017 (Abl. 09/2017, S. 60 - 69), in der aktuell gültigen Fassung, öffentlich bekannt gemacht. Gemäß § 2 (4) Bekanntmachungsverordnung (BekanntmVO) wird die vorstehende Bekanntmachung hiermit angeordnet.

Steinfurt, 25.01.2021

Kreisstadt Steinfurt
Die Bürgermeisterin
Az.: III/61/sb

gez. Bögel-Hoyer
Bürgermeisterin

Satzung gem. § 35 (6) für den Bereich „Blocktor“ – 1. Änderung
Kreisstadt Steinfurt (Stadtteil Burgsteinfurt)
Lage im Stadtgebiet



Kreisstadt Steinfurt
Fachdienst Stadtplanung und Bauordnung

Maßstab 1:5000



Satzung gem. § 35 (6) für den Bereich „Blocktor“ – 1. Änderung
Kreisstadt Steinfurt (Stadtteil Burgsteinfurt)

Geltungsbereich



Kreisstadt Steinfurt
Fachdienst Stadtplanung und Bauordnung



Bekanntmachung

**Bezirksregierung Münster
Flurbereinigungsbehörde**

**48653 Coesfeld, 20.01.2021
Leisweg 12
Tel. 0251/411-5068**

**Flurbereinigung
Berkelaue II – 23 06 3 –**

Öffentliche Bekanntmachung Aufforderung zur Anmeldung unbekannter Rechte

Mit Beschluss vom 08.09.2006 wurde das **Flurbereinigungsverfahren Berkelaue II – 23 06 3** angeordnet und das Flurbereinigungsgebiet festgestellt.

Mit Änderungsbeschlüssen wurden die nachfolgenden Grundstücke zum Flurbereinigungsverfahren zugezogen und die Flurbereinigung für diese Grundstücke angeordnet.

Kreis	Gemeinde	Gemarkung	Flur	Flurstück
Steinfurt	Steinfurt	Borghorst	28	421, 915, 929

Eine öffentliche Bekanntmachung der Änderungsbeschlüsse ist bisher nicht erfolgt. Die erforderliche Aufforderung zur Anmeldung unbekannter Rechte für diese Grundstücke wird hiermit nachgeholt.

Die Beteiligten werden gemäß § 14.1 Flurbereinigungsgesetz (FlurbG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 16. 03. 1976 (BGBl. I S. 546) in der derzeit gültigen Fassung **aufgefordert, Rechte an den oben genannten Grundstücken, die aus dem Grundbuch nicht ersichtlich sind, aber zur Beteiligung am Flurbereinigungsverfahren berechtigen, innerhalb einer Frist von drei Monaten nach dieser öffentlichen Bekanntmachung anzumelden**

bei der Bezirksregierung Münster, Dezernat 33 - Flurbereinigungsbehörde, 48128 Münster,
oder zur Niederschrift bei der Bezirksregierung Münster, Dezernat 33 – Flurbereinigungsbehörde,
Leisweg 12, 48653 Coesfeld.

Zu diesen Rechten gehören zum Beispiel nicht eingetragene dingliche Rechte an Grundstücken oder Rechte an solchen Rechten sowie persönliche Rechte, die zum Besitz oder zur Nutzung von Grundstücken berechtigen oder die Nutzung von Grundstücken beschränken.

Nach fruchtlosem Ablauf der Frist besteht kein Anspruch auf Beteiligung.

Werden Rechte erst nach Ablauf der bezeichneten Frist angemeldet oder nachgewiesen, so kann die Flurbereinigungsbehörde die bisherigen Verhandlungen und Festsetzungen gemäß § 14 Abs. 2 FlurbG gelten lassen.

Der Inhaber eines der bezeichneten Rechte muss nach § 14 Abs. 3 FlurbG die Wirkung eines vor der Anmeldung eingetretenen Fristablaufes ebenso gegen sich gelten lassen wie der Beteiligte, dem gegenüber die Frist durch Bekanntgabe dieser Aufforderung zuerst in Lauf gesetzt worden ist.

Im Auftrag:

gez. Thomas Bücking

Steinfurt, 25.01.2021

Kreisstadt Steinfurt
Die Bürgermeisterin
Az.: 61/sb

gez. Bögel-Hoyer

Bürgermeisterin

